

SPD Hiltrup-Berg Fidel

Argumente:

Pro und Contra Haus der Wissenschaft und Kultur („Musikhalle“)

Diese Zusammenstellung gibt Argumente wieder, die zurzeit für oder gegen die Halle gebraucht werden. Die Zusammenstellung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Die aufgeführten Argumente sind nicht inhaltlich bewertet, sondern werden lediglich als Zitat aufgeführt; sie sind entweder als Originalzitat wiedergegeben oder zusammengefasst auf ihre wesentliche Aussage. (Stand: 16.4.2008)

Das Hallen-Projekt weiter vorantreiben = am 27.4. „NEIN“ stimmen	Das Hallen-Projekt stoppen = am 27.4. „JA“ stimmen	Anmerkungen
<p>Münster hat seit den Kriegszerstörungen keinen Raum mit guter Akustik für anspruchsvolle Musik.</p> <p>In hiesigen, stark halligen großen Kirchen ist Musik nur ein Klangbrei. ... Große Künstler wie Alfred Brendel kommen nicht nach Münster, weil die Stadt keinen akustisch entsprechenden Saal besitzt. ... Die Aula der Waldorfschule hat eine gute Akustik, kommt aber wegen ihrer Größe, ihrer mangelnden Verfügbarkeit und dezentralen Lage für viele Ensembles nicht in Betracht. [11 Chorleiter, Dirigenten und Organisten aus Münster]</p>	<p>Die Halle Münsterland reicht aus und hat „nachweislich“ eine gute Akustik.</p> <p>Die BI sagt aber auch: Kirchen, Bürgerzentren, Schulen, Kneipen usw. als Orte für Gemeinschaftsveranstaltungen: „Sicherlich würden sich viele Münsteranerinnen und Münsteraner für Klassikkonzerte oder Chorauftritte bessere Bedingungen wünschen. Und nicht jeder Veranstaltungsort hat die jeweils notwendige Akustik und das richtige Raumangebot.“</p>	<p>Nachweislich gute Akustik? Oder doch nicht?</p>
<p>Die Akustik im Großen Haus reicht für Schauspiel und Oper; Konzert im Großen Haus ist wie Mona Lisa hinter einer schmutzigen Scheibe.</p>		<p>[Statement des Generalmusikdirektors]</p>
<p>Wenn eine Bedarfsanalyse gefordert wird, gäbe es z.B. das Picasso-Museum in Münster, den Louvre und das Centre Pompidou nicht.</p>	<p>Eine Bedarfsanalyse für die Halle fehlt.</p>	
<p>Die Nachfrage nach Kultur verändert sich, u.a. auch weil die Menschen älter werden als früher.</p>		

<p>„Uns ist keine Kirche in Münster und Umgebung bekannt, die man so umbauen könnte, dass sie den akustischen und räumlichen Erfordernissen genügen würden.“ [11 Chorleiter, Dirigenten und Organisten aus Münster]</p>	<p>Man könnte eine aufgegebene Kirche zu einer Konzertkirche umbauen.</p>	<p>Die Dominikanerkirche bietet nur ca. 300 Plätze, Akustik fraglich.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Kultur ist ein menschliches Grundbedürfnis, kein Additiv • Konzerte anhören ist nicht elitär: „wir machen Musik für alle“ • Alle Arten von Kultur werden kommen • Anmietung der Halle an 50 Abenden durch die Stadt für Schulen, Musikschulen, Theatergruppen, Chöre, städt. Sinfonieorchester: alle profitieren davon • Das städtische Sinfonieorchester macht Musik für alle zu Preisen für alle (2,50€ bis ca. 30€) • Nur wenn die Stadt mitfinanziert, kann sie die Nutzung durch alle zu vertretbaren Preisen sicherstellen. • Keinen Gegensatz zwischen „kleiner“ und „großer“ Kultur aufbauen: wir brauchen auch die „große Szene“. 	<p>In der Halle gibt es nur Elitekultur für eine kleine Minderheit</p>	
<p>Immer weniger Menschen nehmen aktiv an Kultur teil, deshalb ist eine Renaissance der Kulturpolitik nötig. Eine Hinführung zu der angeblichen „Elitekultur“ ist erforderlich.</p>		
<p>Zugang zu Kultur bedeutet Chancengleichheit: Kultur hat Tradition in der SPD</p>		

Sponsoren sollen 50 Veranstaltungen jährlich fördern, z.B. Mietkosten übernehmen, damit die „Halle für alle“ Wirklichkeit wird.	Eigentlich eine schöne und sinnvolle Idee, aber leider nur ein Marketingtrick: Woher soll das Geld kommen, wenn die Befürworter noch nicht einmal die 18 Mio. € beisammen haben?	
Dauerhafte Subventionierung von Karten durch einen zusätzlichen Fonds: 100 Karten für 5€ pro Vorstellung	„kaum mehr als ein kulturelles Almosen“; Finanzierung ungeklärt	
Die Stiftung Musikhalle wird eine neu zu gründende Veranstaltungsreihe für 10 Jahre mit jeweils 50.000€ grundfinanzieren		
<ul style="list-style-type: none"> • Ohne städtischen Zuschuss wird das Projekt nicht finanziert • Der Hindenburgplatz als öffentlicher Raum darf nicht in private Hände • Jetzt die Chance nutzen 	Die elitäre Oberschicht soll sich ihre Musikhalle doch selbst finanzieren. Wenn die Stadt zu Sparmaßnahmen gezwungen ist, auch im kulturellen Bereich, dann muss sie sich auf die Basisleistungen konzentrieren. Eine Musikhalle ist eine Sonderleistung, die ohne öffentliche Mittel auskommen muss.	
	Man soll die 18 Mio.€ Spenden dafür verwenden, die vorhandenen Einrichtungen zu verbessern.	Das kann man den Spendern wohl kaum vorschreiben.
Private Finanzierungsanteile sollten nicht abgewertet, sondern begrüßt werden. Gerade in der Kultur ist PPP gelebte Wirklichkeit	Die Geldgeber setzen die Spenden von der Steuer ab.	Klassische Neiddebatte. Die Floskel „Die Hochachtung vor dem Engagement der Spender bleibt, relativiert sich nur etwas.“ erscheint da doch recht scheinheilig.
Beschämend ist der Generalverdacht gegen die Sponsoren.	„Warum werden die Namen der Spender ... verschwiegen ...? ... Verdächtig aktiv zeigten sich ... die Provinzial und die WEST LB.“	Verdächtig?

<p>Münster braucht ein mittelgroßes Kongresszentrum für wissenschaftliche Kongresse im räumlichen Zusammenhang mit der WWU: Die Halle dient auch als Kongresszentrum und bringt unsere Universität im Wettbewerb voran (größter Arbeitgeber in Münster). Die WWU hat an 30 Tagen im Jahr Bedarf und soll in das Projekt eingebunden werden.</p>	<p>Für gehobene Tagungsansprüche taugt die Verbindung von Uni-Gebäuden und Halle nicht.</p>	
<p>„Die Coesfelder Halle ist immer ausverkauft, wenn ich mal hin will.“</p>	<p>Im Umland gibt es ausgezeichnete Konzerthäuser (mit normalem Zeitaufwand zu erreichen) mit freien Plätzen.</p>	<p>Für die Kongress-Nutzung und „Kultur für alle“ gilt dies Argument nicht.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Auch die SPD fordert: Die Kürzungen von CDU/FDP bei Schulbüchern und Kultur müssen zurückgenommen werden. Das ist Voraussetzung für die Halle. • 2009 SPD ins Rathaus wählen! • Der Ärger über die Kürzungen darf uns nicht daran hindern, sachlich an Münsters Zukunft zu arbeiten. „Wenn die so kürzen, mach‘ ich ihnen die Halle kaputt“ führt nicht weiter. 	<ul style="list-style-type: none"> • Erst die Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich zurücknehmen! • „Ich mach dir die Musikhalle kaputt, weil du mein Südbad kaputtgemacht hast!“ 	<p>Das Problem für die SPD ist: Triebkraft des Bürgerentscheids ist die Wut über Kürzungen, die CDU und FDP beschlossen haben.</p>
<p>Es wird nicht mehr Sozialleistungen geben, wenn die Halle nicht kommt</p>	<p>Soziales vor Kultur!</p>	
<p>Finanzieren kann man beides</p>	<p>Erst Münsters marode Schulgebäude sanieren</p>	
<p>Finanzieren kann man beides</p>	<p>Erst die Kürzungen bei den vorhandenen kulturellen Einrichtungen in Münster zurücknehmen</p>	
<p>Wann dann?</p>	<p>„In diesem Moment nicht“ / „Wenn die letzte Suppenküche geschlossen ist, dann ist Zeit für Kultur“</p>	
	<p>„... halten wir ein neues Südbad für wichtiger als die geplante Musikhalle.“</p>	<p>Die Bezeichnung „Musikhalle“ verkürzt die Betrachtung auf eine von mehreren Nutzungen. Im übrige Ansichtssache.</p>

	„Weitere 75 Stellen sollen in der Verwaltung gestrichen werden.“	Zusammenhang mit der Halle? Die Bürgerinitiative vermeidet im Übrigen peinlichst konkrete Aussagen, wie sie es in Rathaus-Verantwortung mit dem Personalabbau halten würde.
Die Stadt ist nicht so pleite, dass sie nicht investieren kann. Bei einem 700-Mio.-€-Haushalt investiert sie laufend, z.B. auch in ein neues Stein-Gymnasium, in den FMO, Straßenbauprojekte usw. Münster war immer eine der reichsten Städte in NRW: Wer wenn nicht Münster sollte eine Halle bauen?	Kein Geld: Die Stadt ist hoch verschuldet	
Die Baukosten sind auf 30 Mio.€ gedeckelt, die Stadt trägt nur 12 Mio.€ Baukosten: jährlich 0,55 Mio.€ Zins und Tilgung	12 Mio. € lassen sich nur über neue Schulden finanzieren	
Wird privat finanziert	Für ein Hotel fallen weitere Kosten an	
Wird aus den zweckgebundenen Stellplatz-Ablösebeträgen finanziert, belastet den Haushalt nicht.	Für 500 Parkplätze fallen weitere Kosten an	
Kosten und ev. Förderung aus Landesmitteln lassen sich erst nach einem Architektenwettbewerb beurteilen. Über den eigentlichen Baubeschluss ist erst in einigen Jahren zu entscheiden, wenn präzise Pläne und Konzepte vorliegen. Der Bau beginnt erst, wenn alle Details geklärt sind.	Für die Gestaltung des Hindenburgplatzes und die Verkehrserschließung fallen weitere Kosten an	

<p>Die Stadt trägt in den ersten 10 Jahren keine Betriebskosten, danach ungefähr 2% der Baukosten = 0,6 Mio.€</p>	<p>Selbst wenn das stimmt, muss die Stadt ab dem 11. Jahr laufende Betriebskosten tragen: ungefähr 2% der Baukosten = 0,6 Mio. €. Zusätzlich müssen 750.000€ Abschreibungen jährlich aufgebracht werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Hängt davon ab, wer baut: Baut ein privater Investor, der die Halle an den/die Betreiber vermietet, trägt er die Abschreibungen bzw. die Bauunterhaltung • Baut die Stadt selbst, muss sie auch die Abschreibungen tragen – aber das ist keine zusätzliche Belastung: aus den angesammelten Abschreibungen (eine Art Spardose) wird die Bauunterhaltung finanziert.
<p>Ohne Bauunterhaltung wird die Halle in den ersten 10 Jahren ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaften:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine eigene Intendanz, dadurch geringe Personalkosten • Die Stadt zahlt 150.000 bis 200.000€ jährlich für 50 Abende (Kultur für alle) • Einnahmen aus 75 Abenden E-Musik, 50 Abenden U-Musik • WWU zahlt für 30 Kongresstage <p>Ab dem 11. Jahr fällt Bauunterhaltung an (2% der Bausumme = 0,6 Mio.€)</p>	<p>Ein laufender Zuschuss zu den Betriebskosten ist nötig / Konzepte ohne Intendanz haben in 3 anderen Häusern nicht funktioniert.</p>	
<p>Kultur ist immer ein Zuschussbetrieb.</p>		
<p>Kein Euro, der in die Halle investiert wird, wird einem laufenden städtischen Projekt entzogen.</p>	<p>Die voraussichtlich siebenstelligen jährlichen Zuschüsse an eine Musikhalle müssen mit Streichungen an anderer Stelle kompensiert werden.</p>	<p>Es ist nicht zu erwarten, dass es an irgendeiner Stelle des städtischen Haushalts zu Mehrausgaben („Wohltaten“) kommt, wenn die Halle nicht gebaut wird.</p>

<p>Die Halle soll Veranstaltungen aufnehmen, die sonst nicht nach Münster kommen</p>	<p>Die Halle wäre eine Konkurrenz für die Halle Münsterland und würde deren Existenz gefährden oder den Zuschussbedarf erhöhen. Bei der Halle Münsterland prognostiziert die Geschäftsführung Einnahmeverluste von fast 1 Mio. € / „Die Halle Münsterland würde ... mindestens 1 Mio. € jährlich verlieren.“</p>	<p>Im Kongress-Segment (von der Stiftung geschätzt: 221.000€ jährlich) könnte es eine Abwanderung von der Halle Münsterland geben; die Größenordnung ist fraglich, die Prognose von fast / mindestens 1 Mio. € Einnahmeverlust erscheint zweifelhaft.</p>
<p>Eine Erhöhung der Kapazitäten kann auch eine Chance für das Theater sein: es gibt mehr Platz für Schauspiel und Oper.</p>	<p>Die Halle wäre eine Konkurrenz für das Theater und würde dessen Auslastung gefährden und den Zuschussbedarf erhöhen.</p>	
<p>Der Platz vor dem Schloss kann für den Send geöffnet werden; der Hindenburgplatz ist groß genug für Halle und Send</p>	<p>Der Send muss auf dem Hindenburgplatz bleiben. Eine Tiefgarage für die Halle ist nicht möglich. Der Send braucht die gesamte Fläche, die Halle kann deshalb an 45 Tagen im Jahr nicht genutzt werden.</p>	

<p>Bei dem, was rundum passiert (auch in der Verwaltungsstrukturreform), muss Münster aufpassen nicht ins Hintertreffen zu kommen.</p>		<p>Münster erlebt einen schleichenden Bedeutungsverlust. Die Stadt hat viel zu lange von dem Selbstverständnis gelebt, als "Provinzialhauptstadt" und Behördensitz unverzichtbar zu sein. Tatsächlich hat sie in der Landespolitik keine starken Fürsprecher und verliert Schritt um Schritt die Vielzahl von Behörden, die früher ihr Bild geprägt haben. Das hat auch damit zu tun, dass die Ruhrgebietsstädte - zumindest in der Vergangenheit - mit Empörung auf diese Attitüde reagiert haben und politisch viel größeres Gewicht haben, groß genug, um Münster öffentliche Einrichtungen wegzunehmen. Wer als Kommunalpolitiker in dieser Situation meint, man könne sich still im Sessel zurücklehnen und es sich in seinen alten Tapeten gemütlich machen, verspielt die Zukunft. Münster muss sehen, was rundum passiert, und muss investieren: wenn die Behörden gehen, muss man Neues herlocken, Handel, Dienstleistungen, Wissenschaft, auch Kultur, und dafür muss man sich attraktiv machen.</p>
<p>Im Wettbewerb der Städte kommt es auch auf die „weichen“ Standortfaktoren an: Die Halle als Aushängeschild stärkt Münsters Position als erstklassige Kultur- und Bildungsstadt; eine solche Halle ist inzwischen schon kommunaler Standard für eine Stadt der Größe wie Münster. Das macht Münster attraktiv für neue Arbeitsplätze und Events, bringt mehr Steuereinnahmen und das nützt allen BürgerInnen.</p>	<p>„Sicherlich gehört das Kunst- und Kulturangebot zu den weichen Standortfaktoren ... hätte eine Musikhalle die Konkurse von OSMO und PEBÜSO verhindert ...?“</p>	

Die „Kreativökonomie“ ist heute ein Industriezweig. Das Kulturangebot ist ein <u>harter</u> Standortfaktor mit regionalpolitischer Bedeutung, Münster darf nicht die Entwicklung verschlafen		
Münster lebt mit Kultur und profitiert davon, Beispiel: Skulpturen-Ausstellung: <ul style="list-style-type: none"> • Kultur bringt Lebensqualität und Identifikation mit dem Gemeinwesen • Man muss lernen aus der Geschichte der Skulpturen-Ausstellung: die erste wurde angefeindet, heute ist Münster stolz darauf. 		
Die Halle wäre unstreitig, wenn Münster Kulturhauptstadt geworden wäre.		
Die Halle zieht Besucher nach Münster und damit auch Kaufkraft	„Wieso entdecken die Kaufleute jetzt ihre Liebe zum Konzertspektakel ...?“	
	„Wieso will Münsters Bürgertum dem städtischen Sinfonieorchester eine neue Spielstätte spendieren?“	???
<ul style="list-style-type: none"> • Der jetzige Zustand des Hindenburgplatzes als löchriger Parkplatz ist eine Schande für Münster • Das Projekt ist die Gelegenheit, ein städtebauliches Konzept zu entwickeln und umzusetzen, das den Platz ansehnlich gestaltet und das Schloss an die Innenstadt anbindet 	Der Hindenburgplatz ist Europas größte innerstädtische Freifläche	
Das Land könnte den Platz anders nutzen, vielleicht sogar bebauen oder veräußern, wenn die Halle nicht kommt.	Das Land droht: Bauen wir keine Halle, bebaut oder veräußert das Land den Hindenburgplatz; aber diese Drohung kann nicht imponieren, weil die Stadt das Planungsrecht hat.	

<p>Im Architektenwettbewerb soll eine in den Gesamtzusammenhang gut integrierte Lösung entwickelt werden</p>	<p>In den empfindlichen Gesamtzusammenhang von barockem Schloss, Schlossgarten und Promenade passt keine moderne Billigarchitektur</p>	
<p>Die Halle kommt ans Ende des Platzes und wird das Schloss nicht verdecken. Eine Halle am Kalkmarkt wird vom Eingang des Schlosses aus nicht zu sehen sein.</p>	<p>Der freie Blick zwischen Schloss und Innenstadt darf nicht verbaut werden</p>	
<p>Die Fortsetzung des Projekts dient zunächst nur dazu, ein konkretes Konzept für Bau und Betrieb mit belastbaren Kostenermittlungen zu entwickeln. Über den eigentlichen Baubeschluss ist erst in einigen Jahren zu entscheiden.</p>	<p>Es ist viel zu viel unklar: Wem soll die Halle überhaupt gehören? Wer soll sie betreiben, wie soll sie genau genutzt werden?</p>	<p>Die Stiftung schlägt vor, dass ein Investor die Halle baut und an eine Betreiber-GmbH (Gesellschafter: ???) vermietet – hier besteht Klärungsbedarf. Die Argumentation der BI ist widersprüchlich. Wenn sie die Entwicklung realistischer Konzepte fordert, darf sie das Projekt jetzt nicht im Frühstadium stoppen wollen.</p>
<p>Die Fortsetzung des Projekts dient zunächst nur dazu, ein konkretes Konzept für Bau und Betrieb mit belastbaren Kostenermittlungen zu entwickeln. Über den eigentlichen Baubeschluss ist erst in einigen Jahren zu entscheiden. Der Bau beginnt erst, wenn alle Details geklärt sind.</p>	<p>Die Kosten für Bau und Betrieb sind unklar bzw. zu niedrig geschätzt: Das Projekt wird viel teurer (10 Mio.€ höhere Baukosten, höhere Betriebskosten). „... müssen die Karten auf den Tisch gelegt und realistische Betriebskostenkonzepte erstellt werden.“</p>	<p>Die Argumentation der BI ist widersprüchlich. Wenn sie die Entwicklung realistischer Konzepte fordert, darf sie das Projekt jetzt nicht im Frühstadium stoppen wollen.</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Die Stadt braucht ein Leitbild, wohin sie sich entwickeln soll. • Kontinuierliche Veränderung und Entwicklung (auch in schwierigen Nachkriegszeiten) hat Münster zu dem gemacht, was es jetzt ist; die Stadt hat eine Verpflichtung, kommunale Infrastruktur weiterzuentwickeln. Stillstand ist Rückschritt. • Grüne und Linke sperren sich gegen jede Veränderung und wollen die Stadt einfrieren auf dem Stand von 1980. 	Münster muss nicht verändert werden	
Erst wenn präzise Planungen und Konzepte vorliegen, kann man eine fundierte Entscheidung treffen. Vorher darf es kein Denkverbot geben.	Wenn erst einmal eine konkrete Planung steht, gibt es kein Zurück.	Mit der Begründung darf man überhaupt keine Ideen entwickeln!
Wenn der Bürgerentscheid gegen die Halle Erfolg hat, kann das eine Blockade für alle zukünftigen Kulturprojekte werden. Allem kann dann sofort entgegengehalten werden: kein Geld da. Die BI hat einen Mechanismus in Gang gesetzt, der kulturfeindliche Auswirkungen hat.		
In anderen viel ärmeren Städten (Ruhrfestspiele Recklinghausen, Gelsenkirchener Musiktheater) sind auch die Grünen stolz auf Kultur und stimmen großen Investitionen zu.		

<p>Der Bürgerentscheid ist von Seiten der Grünen parteitaktisch motiviert: populistischer Stimmenfang ohne Rücksicht auf die Folgen. Um das Quorum beim Bürgerentscheid zu erreichen sind sie gezwungen, jede Unzufriedenheit zu nutzen. Es geht nicht um die Zukunft der Stadt, sondern um eine Ausgangsbasis für den Kommunalwahlkampf 2009. Die Grünen suchen hier wie in der OB-Kandidatenfrage bewusst die Konfrontation mit der SPD.</p>		<p>Problematische Taktik der verbrannten Erde. Der grüne OB-Kandidat Joksch muss selber wissen, ob er sich ernsthaft für ein neues Hallenbad anstelle der Halle stark machen will („Lieber eine neue Schwimmhalle statt eine Musikhalle“).</p>
<p>Die Grünen haben sich willkürlich die Musikhalle statt FMO und Straßenbau als Streichobjekt vorgenommen.</p>		
<p>Die Linke setzt auf Ressentiments: Kann das Leitlinie sein?</p>		
<p>Wird privat finanziert</p>	<p>„Die Freunde der Halle betreiben eine teure Werbekampagne, das stinkt mir“</p>	
<p>Münster läuft Gefahr, sich bundesweit lächerlich zu machen: erst Schilder in der Bücherei aufhängen, wie hoch der kommunale Zuschuss ist, dann den Zuschuss kürzen, und aus Wut über die Kürzung die Sponsorengelder für ein neues kulturelles Angebot ablehnen – das wäre „in Münster ist es finster“.</p>		